DEHOGA BUNDESVERBAND

„Was Hoteliers und Gastronomen von der Politik erwarten“

Die Antworten der Parteien auf den DEHOGA-Wahlcheck 2013

Die vollständigen Antworten der Parteien finden Sie auf www.dehoga.de

© Kurhan - Fotolia.com

CDU CSU FDP Die Liberalen SPD BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN DIE LINKE.

Stand: 31.07.2013

CDU CSU	FDP Die Liberalen	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.

IM FOKUS 1: Jobmotor Gastgewerbe fördern

Machen Sie sich für den Erhalt von Minijobs stark?

Wir wollen die Minijobs beibehalten.	Ja, Minijobs sind Teil des erfolgreichen deutschen Arbeitsmarktes. Die FDP will Minijobs erhalten und verbessern. Davon profitieren insbesondere Studenten und Senioren. Gerade deshalb hat die FDP durchgesetzt, dass die Verdienstgrenze von 400 Euro auf 450 Euro heraufgesetzt wurde.	Missbrauch geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse stoppen Verbesserung der Absicherung, Ausschluss der Umgehung des Arbeitsrechts bei Minijobs Geltung eines gesetzlichen Mindestlohnes (8,50 Euro) auch für Minijobs	Nein	Eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit und der Arbeitszeitregelung werden von uns anerkannt. Eine generelle Ausweitung oder einen pauschalen Erhalt von Minijobs lehnen wir jedoch ab.

Setzen Sie sich dafür ein, dass das Arbeitsrecht einfacher und beschäftigungsfreundlicher wird?

Im Arbeitsrecht wollen wir keine neuen Regelungen einführen, die es verkomplizieren.	Ja	Die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen wollen wir abschaffen, den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.	Nein	Ja

Engagieren Sie sich, um die Beschäftigungsmöglichkeiten ausländischer Fachkräfte zu erleichtern?

Ja. Möglichkeit des Spracherwerbs verbessern. Freizügigkeit innerhalb der EU durch weiteren Abbau bürokratischer Hindernisse besser nutzen.	Ja. Die begonnene Liberalisierung bei der Einwanderung von Fachkräften und den Einstieg in ein modernes Einwanderungsrecht wollen wir fortsetzen. Sprachbarrieren wollen wir abbauen. Die Arbeitserlaubnispflicht soll bei rechtmäßigem Aufenthalt entfallen.	Ja. Ziel ist es, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. Dazu wird man die Möglichkeiten zur Berufstätigkeit u.a. für Migranten erweitern.	Ja	Ja

CDU CSU	FDP Die Liberalen	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.
Sagen auch Sie „Nein" zum gesetzlichen Mindestlohn?				
Eine Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab. Wir wollen für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen. Sie sollen gemeinsam in einer Kommission einen tariflichen Mindestlohn festlegen, wobei die unterschiedlichen Situationen in den Regionen und Branchen berücksichtigt werden.	Ja. Wir bekennen uns zur Tarifautonomie. Pauschale Lohnfestsetzungen durch die Politik werden der differenzierten Arbeitsmarktlage und den unterschiedlichen Lebenserhaltungskosten in Deutschland nicht gerecht. Ein Mindestlohn politisiert die Lohnfindung und verhindert, dass insbesondere junge Menschen in den Arbeitsmarkt einsteigen können.	Nein Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro, einheitlich in Ost und West, der auf Vorschlag einer vom Bundesarbeitsministerium eingesetzten Mindestlohnkommission jährlich angepasst wird. Sanktionen bei Umgehung	Nein	Nein. Wir setzen uns für einen gesetzlichen Mindestlohn ein.
Stehen Sie zur Abgabenfreiheit der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit?				
Die Regelungen zu den Zuschlägen für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit wollen wir nicht ändern, so dass die weitgehende Abgabenfreiheit bis zu einer bestimmten Verdienstgrenze erhalten bliebe. Unser Ziel bleibt, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanzierten Lohnzusatzkosten stabil unter 40% zu halten.	Ja. Unser Ziel bleibt die Entlastung der arbeitenden Mitte.	Die SPD steht ohne Wenn und Aber zur Steuer- und Abgabenfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen.	Ja	Ja
Werden Sie die Attraktivität der dualen Berufsausbildung und ihre strukturellen Grundlagen weiter stärken?				
Ja, dauerhafte Sicherung und Fortentwicklung der dualen Berufsausbildung zusammen mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften.	Ja, wir wollen das duale Ausbildungssystem ausweiten. Das duale Ausbildungssystem mit Berufsschulen und Wirtschaftsgymnasien soll selbständig und gleichberechtigt neben der Hochschulbildung stehen.	Forderung nach einem flächendeckenden Ausbildungsprogramm für strukturschwache Regionen unter stärkerer Einbeziehung der beruflichen Schulen als professionelle Ausbildungsschulen Start einer Qualitätsoffensive für die betriebliche Ausbildung mit den Tarifpartnern	Ja	Ja

CDU CSU	FDP Die Liberalen	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.

IM FOKUS 2: Mittelstand stärken und nicht durch neue und höhere Steuern schwächen

Erleichtern Sie das Übertragen von Betriebsvermögen?

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz von 2010 haben CDU und CSU die Übertragung von Betriebsvermögen erleichtert.	Ja, Unternehmensnachfolgen dürfen nicht gefährdet werden. Eine Verschärfung der Erbschaftssteuer lehnt die FDP ab.	Betrieblich genutztes Vermögen soll steuerlich geschont werden. Von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Erbschaftssteuerrecht werden Hinweise zur Ausgestaltung einer steuerlichen Begünstigung des Betriebsvermögens erwartet.	Nein	Wir setzen uns für die Schonung des betriebsnotwendigen Sachvermögens ein.

Sagen Sie „Nein“ zur Vermögensteuer?

Eine Vermögenssteuer sowie eine Erhöhung der Erbschaftssteuer lehnen wir ab. Eine Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe sowie eine Erhöhung der Erbschaftssteuer lehnen wir ab, da sie die Investitionsfähigkeit von Unternehmen beeinträchtigt.	Ja. Die Einführung einer Vermögenssteuer oder auch einer Vermögensabgabe lehnt die FDP ab.	Nein, Erhebung bei sehr großen Vermögen.	Nein	Nein. Große Vermögen werden steuerlich mehr belastet.

Setzen Sie sich dafür ein, den Finanzierungsanteil von Mieten und Pachten bei Immobilien auf maximal 25 Prozent zu senken und den Freibetrag von derzeit 100.000 Euro auf 200.000 Euro anzuheben?

Bei der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung haben wir derzeit keine Änderungen geplant.	Ja. In einem ersten Schritt sollten die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen abgeschafft werden, die als Substanzbesteuerung den Unternehmen vor Ort schaden.	Eine Notwendigkeit für Änderungen beim Finanzierungsanteil bei immobilen Wirtschaftsgütern und beim Hinzurechnungsfreibetrag ist nicht erkennbar.	Nein	Ja

CDU CSU	FDP Die Liberalen	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.

IM FOKUS 3: Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie stärken

Werden Sie sich für eine steuerliche Gleichbehandlung von Speisen einsetzen?

CDU CSU	FDP	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.
Es ist unbestritten, dass es beim Thema Mehrwertsteuer Vereinfachungsbedarf und -potenzial gibt. Um eine grundlegende Reform der Mehrwertsteuer durchzusetzen, bedarf es eines breiten politischen Konsenses, der gegenwärtig leider nicht ersichtlich ist. Es bleibt aber für die CDU/CSU ein wichtiges Thema, über das zu gegebener Zeit erneut eine Diskussion geführt werden wird.	Ja. Die FDP wird sich für die Anwendung eines einheitlichen, ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf europäischer Ebene einsetzen.	Die SPD hält eine grundlegende Neukonzeption des Anwendungsbereiches des ermäßigten Steuersatzes für sinnvoll. Die ermäßigte Umsatzbesteuerung der Hotellerie kostet die deutschen Steuerzahler jährliche eine Milliarde Euro. Eine Ausdehnung dieser Steuerbegünstigung auf gastronomische Leistungen würde die Subventionierung des Gastgewerbes auf fünf Milliarden/Jahr erhöhen. Diese Mittel können zielgerichteter und effektiver eingesetzt werden.	Wir wollen eine steuerliche Gleichbehandlung von Speisen. Wir streben in der Gastronomie einen einheitlichen MwSt.-Satz von 19% an. Die Unterscheidung zwischen ermäßigtem und Normalsatz entfällt somit in diesem Bereich.	Ja, DIE LINKE fordert eine Rücknahme des ermäßigten MwSt.-Satzes in der Hotellerie sowie eine Überarbeitung der MwSt.-Tabelle, um auf diesem Wege Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Werden Sie den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Übernachtungen verteidigen?

CDU CSU	FDP	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.
Die getroffenen Regelungen für Beherbergungsleistungen waren ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Tourismusstandortes Deutschland. Eine isolierte Anhebung des abgesenkten MwSt.-Satzes auf Beherbergungsleistungen ist derzeit nicht geplant.	Ja. Es wurde deutlich mehr investiert, es wurden deutlich mehr Beschäftigte und Auszubildende eingestellt – und das trotz Euro- und Wirtschaftskrise. Die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für das Beherbergungsgewerbe war ein Erfolg.	*Keine Antwort, aber:* Rücknahme des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie ist Bestandteil des SPD-Wahlprogrammes.	Nein	Nein

CDU CSU	FDP Die Liberalen	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.

IM FOKUS 4: Verbraucherschutz rechtskonform und praxisgerecht ausgestalten

Werden Sie die offenen Rechtsfragen bezüglich § 40 Abs. 1 a LFGB in Angriff nehmen?

Dieser Aufgabe werden wir uns stellen und auch die Sachkunde und die Erfahrungen des DEHOGA einbeziehen. Möglichkeiten sehen wir bei der klarstellenden Anpassung z.B. für die Löschung oder die Veröffentlichung bei Verdacht auf eine Straftat.	Nein, aktionistische Maßnahmen lehnen wir ab. Gleichzeitig haben wir sichergestellt, dass eine Veröffentlichung nicht auf bloßen Verdacht hin erfolgt.	Ja, wir werden die offenen Rechtsfragen klären.	Ja	Ja

Werden Sie sich gegen die Veröffentlichung aller Ergebnisse der Lebensmittelkontrolle in Form von Barometern, Ampeln oder Smileys aussprechen?

Eine bundeseinheitliche Regelung wäre unseres Erachtens erst sinnvoll und möglich, wenn sich die Verbraucherschutz- und Wirtschaftsminister auf ein tragfähiges gemeinsames Konzept einigen würden. Dies ist derzeit nicht abzusehen und deshalb wird es auf Bundesebene auch keine Initiative von CDU und CSU geben.	Ja. Die FDP kommt im Ergebnis zu dem Schluss, dass die Voraussetzungen für die Einführung eines Kontrollbarometers derzeit nicht erfüllt sind.	Wir halten eine Hygieneampel für sinnvoll. Verbraucher sollen Klarheit haben und dann selbst entscheiden können.	Nein	Die Ergebnisse von Hygienekontrollen müssen öffentlich gemacht werden, wir würden Ihnen allerdings zustimmen, dass die Veröffentlichung erst nach einer kurzfristig angesetzten Nachprüfung geschehen sollte.

Werden Sie sich für eine praxistaugliche Allergenkennzeichnung einsetzen?

Klar ist, dass die Regelungen im Einzelnen so ausgestaltet sein müssen, dass die Betriebe sie gut umsetzen können. CDU und CSU stehen dafür ein, dass die berechtigten Interessen der DEHOGA-Betriebe miteinfließen.	Ja. Trotzdem dürfen gerade in Restaurants und Gaststätten, wo die Möglichkeit der Nachfrage nach Zutaten besteht, Speisekarten nicht mit Kennzeichnungspflichten überfrachtet werden.	Wir halten auch eine Kennzeichnung von allergenen Zutaten auf Speisekarten für notwendig und für praxistauglich umsetzbar.	Ja	Ja

CDU CSU	FDP Die Liberalen	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.

IM FOKUS 5: GEMA & Co.: Urheberrechtswahrnehmungsgesetz ändern

Sind Sie auch der Ansicht, dass einseitige Tariferhöhungen erst nach rechtskräftiger Gerichtsentscheidung wirksam werden dürfen?

CDU CSU	FDP	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE.
Der Schiedsspruch des Deutschen Patent- und Markenamtes ist ein wichtiger Zwischenschritt einer langwierigen Debatte. Ziel sollte es insgesamt sein, auf eine Tarifstruktur hinzuwirken, die zwischen den Interessen der Musikveranstalter und den organsierten Komponisten etc. abwägt.	Nein. Jedoch dürfen bestehende Verträge nicht einseitig verändert werden. Tarife müssen für alle Beteiligten fair und transparent sein.	Wir wollen zügig eine Reform des Urheberrechts in Angriff nehmen. Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Verhandlungen der Tarifpartner zügig zum Abschluss gebracht werden können.	Nein, ein gestaffeltes System, in dem zuerst die Tarifpartner untereinander verhandeln und dann eine verbindliche Schiedsstellenentscheidung folgt, halten wir für besser.	Ja

Machen Sie sich für eine effektive, staatliche Aufsicht stark?

CDU CSU	FDP	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE.
Unser Ziel ist es, die Aufsicht zu stärken, indem z.B. Tarifänderungen grundsätzlich vom DPMA genehmigt werden müssen.	Nein. Nicht zusätzlich. Aufsichtsbehörde ist das Deutsche Patent- und Markenamt, das eigens eine Schiedsstelle eingerichtet hat. Ob darüber hinaus eine staatliche Aufsicht nötig ist, müssen die Erfahrungen mit der Schiedsstelle erst zeigen.	Ja. Aber die Aufsicht ist im Wesentlichen bereits jetzt schon ausgewogen geregelt. Bestehende Schlichtungsinstrumente bedürfen punktueller Korrekturen.	Eine effektive staatliche Aufsicht kann die Entscheidungswege verkürzen mit dem von uns geforderten, rechtsverbindlichen Schiedsstellenentscheidungen.	Ja

Sprechen Sie sich für einen einheitlichen Gesamtvertragsschluss mit allen beteiligten Verwertungsgesellschaften aus, um eine Gesamtbelastung festzulegen?

CDU CSU	FDP	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE.
Nein, die unterschiedlichen Bedingungen und Interessen ließen sich nicht durch einen einheitlichen Vertragsabschluss abbilden.	Nein. Jede Verwertungsgesellschaft sollte mit ihren Vertragspartnern individuelle Verträge aushandeln können.	*Keine Antwort*	Nein. Die Verwertungsgesellschaften vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und die Nutzungen sind auf der Seite der Veranstalter sehr unterschiedlich.	Ja

CDU CSU	FDP Die Liberalen	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.

IM FOKUS 6: Energieeffizienz steigern – Energiekosten senken

Werden sie sich für eine Reform des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) einsetzen?

Wir wollen das EEG weiterentwickeln. Nach der bisherigen Anschubfinanzierung muss es jetzt darum gehen, wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien zu erreichen, damit sie sich ohne staatliche Hilfen am Markt behaupten können.	Ja. Wir schlagen vor, dass die Förderung weg von der festen Einspeisevergütung und hin zur Direktvermarktung umgestellt wird. Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen erforderlich, die den Anstieg der Strompreise kurzfristig bremsen.	Ja, das EEG muss optimiert werden, um den Ausbau der erneuerbaren Energien langfristig zu sichern und die Kosten zu begrenzen.	Ja	Ja Der DEHOGA Umweltcheck und die Energiekampagne sind in diesem Zusammenhang zwei gelungene Initiativen des DEHOGA.

Werden Sie sich für eine Senkung der Stromsteuer stark machen?

Zur Begrenzung der Energiekosten setzen wir auch auf die Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung.	Ja. Die zusätzlichen MwSt.-Einnahmen aus der steigenden EEG-Umlage sollte über eine Senkung der Stromsteuer an die Bürger zurückgegeben werden.	Ja, Senkung der Stromsteuer um 25%.	Nein	Ja